

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

vor genau einem Jahr endete die Eintragsfrist zum **Artenschutz-Volksbegehren** – für die Regierungsfractionen aus FREIEN WÄHLERN und CSU Anlass, Bilanz zu ziehen. Was die Umsetzung des Bienenvolksbegehrens angeht, sind wir auf einem sehr guten Weg. Entscheidend ist, dass wir durch unser Versöhnungsgesetz wirklich alle mit ins Boot nehmen. Denn Umwelt- und Artenschutz funktioniert nur gemeinsam mit unseren Landwirten – und genau dafür sorgen wir. Im Nachtragshaushalt stehen bereits 70 Millionen Euro für die Umsetzung von Volksbegehren und Begleitgesetzen zur Verfügung stellen – das bringt auch den bedrängten Landwirten Planungssicherheit. Außerdem hat die schwarz-orange Koalition mit ihrem **Volksbegehren Plus** bewiesen, dass sie wichtige politische Initiativen der Bürgerinnen und Bürger unverzüglich aufgreift und in ihrem Interesse handelt. Herausgekommen ist eines der weitreichendsten Artenschutzgesetze Europas, das einen fairen Interessenausgleich zwischen Umweltschutz und Agrarwirtschaft herstellt, jeden Einzelnen in die Pflicht nimmt – und von dem gleichzeitig jeder profitiert. Wichtig ist es uns nun, dass Umweltschutz nicht länger für die Spaltung der Gesellschaft missbraucht wird, sondern der Erhalt der Artenvielfalt als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen wird. Wir FREIE WÄHLER wollen wieder Vertrauen in den Naturschutz herstellen – aber auch in unsere Landwirte, die für die Pflege unserer schönen Heimat so unendlich viel tun.



Beschäftigt haben wir uns diese Woche außerdem mit folgenden Themen:

- **Kampf gegen hohe Immobilienpreise in den Metropolregionen**
- **2.000 zusätzliche Stellenhebungen für Bayerns Grund- und Mittelschullehrer**
- **„MediLeaks“: Millionen Patientendaten ungeschützt im Internet**
- **Ein barrierefreies Bayern für alle – wir kümmern uns drum**
- **Schurken leichter dingfest machen – elektronische Gesichtserkennung ist rechtskonform und effizient**
- **Zeitzeugenwissen für spätere Generationen bewahren**

R ü c k b l i c k

Unsere Bayernkoalition erweist Grund- und Mittelschullehrern besonderen Respekt. Hintergrund: Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir im Haushaltsausschuss **2.000 zusätzliche Stellenhebungen im Bereich der funktionslosen Beförderungsämtler beschlossen**. Dafür werden weitere zwölf Millionen Euro in den Haushalt eingestellt – die höchste Steigerung, die es je gegeben hat. Dies ist übrigens keineswegs die Reaktion auf eine gewisse Ernüchterung in Zusammenhang mit der Sicherstellung der Lehrerversorgung für einen Teil der Lehrkräfte. Die finanzielle Besonderstellung so vieler Pädagogen in Bayern ist das Ergebnis konstruktiver Haushaltsverhandlungen mit dem Finanzminister und unserem Koalitionspartner – erfolgt bereits im Herbst 2019.

Computersysteme vieler Ärzte in Deutschland sind offenbar nur unzureichend vor Angriffen durch Hacker geschützt. Auch in Bayern ist das so, das hat ein **Bericht der Staatsregierung zum Thema „Patientendaten im Internet“** im Landtagsverfassungsausschuss offengelegt. So war unter anderem bei einer Praxis in Ingolstadt ein erhebliches Datenleck entdeckt worden. Die Gefahren solcher Sicherheitslücken im Internet müssen wir endlich zur Kenntnis nehmen und aktiv bekämpfen, fordern wir FREIE WÄHLER, denn im Zuge der Überprüfung ist auch eine bayerische Uni-Klinik aufgefallen, die Daten von Teilnehmern einer Studie auf einem sogenannten PACS-Server gespeichert hatte – das bedeutet frei übersetzt: Leichtes Spiel für Cyberkriminelle, auch wenn es in diesem Fall glücklicherweise nicht zu einem erfolgreichen Angriff kam. Einerseits sind wir froh, ein engmaschiges Netz der Cyberabwehr und des Datenschutzes in Bayern zu haben. Doch andererseits dürfen wir uns darauf nicht einen einzigen Tag ausruhen. Der Bericht des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz Prof. Dr. Thomas Petri ist überdeutlich – für die Datenintegrität an bayerischen Kliniken will Bayerns oberster Datenschützer jedenfalls nicht ‚die Hand nicht ins Feuer legen‘. Wir haben im Ausschuss kritisiert, dass das Thema Datensicherheit in vielen Gesundheitseinrichtungen sehr stiefmütterlich und mit viel zu geringem Personalaufwand begleitet wird und wollen nun auch die Gesetzgebung des – dafür zuständigen – Bundes genauer prüfen. Darüber hinaus sollen bayerische Datenschutzstellen und die Staatsregierung Arztpraxen und Kliniken für das Thema stärker sensibilisieren und bei der Umsetzung unterstützen. Der Freistaat Bayern und sein Landesbeauftragter für

den Datenschutz müssen ihre Sachkenntnis hier voll einbringen und den Entwurf der Bundesregierung zum Schutz von Patientendaten kritisch begleiten.

Was tun gegen hohe Immobilienpreise in Bayerns Ballungsräumen? Wir haben die Aktuelle Stunde des Landtags einmal mehr genutzt, um zu antworten: **Bauen, bauen, bauen!** Regulatorischen Instrumenten haben wir hingegen erneut eine Absage erteilt, denn **Mietpreisbremse oder Mietenstopp funktionieren am überhitzten Immobilienmarkt nicht.** Solche Zwangsmaßnahmen entziehen der Wohnungsbauwirtschaft allerdings Kapital, das für Unterhalt und insbesondere für den Neubau dringend benötigter Wohnungen fehlt. Die Folge wäre, dass private Investoren keine einzige neue Immobilie mehr bauen – dabei ist der angespannte Wohnungsmarkt auf deren Engagement dringend angewiesen. Hinzu kommt die unsichere Rechtslage bei politisch verordneten Eingriffen in den Wohnungsmarkt: Weder steht fest, ob ein mehrjähriger „Mietenstopp“ mit dem Grundgesetz vereinbar ist, noch, wer später etwaige Mietrückstände auf einen Schlag nachzuzahlen hätte. Im schlimmsten Fall sind das all jene, die der „Mietenstopp“ eigentlich „schützen“ sollte. Wir FREIE WÄHLER sind uns sicher, dass nur anhaltend starker Wohnungsbau zu einer Trendwende am angespannten Immobilienmarkt führen wird. Deshalb unternimmt unsere Staatsregierung einiges, um den Markt anzukurbeln. Mit gezielten Förderungen wollen wir den Anteil an Wohnraumeigentümern erhöhen; außerdem sorgen das Baukindergeld Plus und die Eigenheimzulage für Entlastung. Zudem unterstützen wir Kommunen, die Wohnraum schaffen, mit dem bis 2025 verlängerten Kommunalen Wohnraumförderungsprogramm. Auch der Freistaat selbst investiert in den Wohnungsbau: **Die drei staatlichen Wohnungsbaugesellschaften werden ihren Bestand in den nächsten Jahren von knapp 16.000 auf 28.500 Wohnungen erhöhen. Außerdem entschlacken wir die Bayerische Bauordnung, um Baugenehmigungsverfahren zu erleichtern und zu beschleunigen. Nur so wird neuer Wohnraum entstehen – so schön einfach ein „Mietenstopp“ auf dem Papier auch klingen mag...**



Meine Rede hierzu im Landtag:
<https://youtu.be/TGGXYCFaXeQ>

Wenn die Badewanne eine einzige Stolperfalle wird, uns Behördeneingänge zu klein vorkommen oder das Stufensteigen schwerfällt, spüren wir die Bedeutung des Wortes ‚barrierefrei‘. Das betrifft vor allem ältere und behinderte Menschen, deshalb garantiert uns die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) seit rund elf Jahren auch in Deutschland ein möglichst barrierefreies Leben. Die UN-BRK verbietet es in allen Lebensbereichen, Menschen mit Behinderung zu diskriminieren. Daraus erwächst die Verpflichtung, den Zugang zu Behörden möglichst barrierefrei zu gestalten. Während der Bund bereits entsprechende Anpassungen beschlossen hat, steht eine **Angleichung des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes an die UN-Vorgaben** noch aus. Diese setzen wir nun um, indem wir den Behinderungsbegriff präzisieren, das Benachteiligungsverbot stärken und viele Verbesserungen der baulichen Barrierefreiheit vornehmen. Auch wird dem Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetz ein neuer Artikel zur Verwendung einer besonders leicht verständlichen Sprache in öffentlichen Ämtern hinzugefügt – von der Staatskanzlei über die Ministerien bis hin zum örtlichen Standesamt. So kommen auch Menschen mit Behinderung immer häufiger in den Genuss gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern – und damit zu mehr Lebensqualität. Die Anpassung des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes ist daher ein weiterer Schritt auf dem langen Weg zu einem Bayern barrierefrei für alle.

Fast 400 Straftäter hat die Bayerische Polizei im vergangenen Jahr identifizieren können – dank **elektronischer Gesichtserkennung**. Wir FREIE WÄHLER unterstützen die Art und Weise, wie im Freistaat Gesichtserkennung eingesetzt wird – denn sie ist **rechtskonform und sehr effizient**. Hier werden Täterbilder – insbesondere aus Überwachungskameras – mit dem Datenbestand aus erkennungsdienstlichen Behandlungen oder mit anderen Täterbildern abgeglichen. So erkennen unsere Sicherheitsbehörden Tatzusammenhänge und identifizieren die Täter bestenfalls gleich mit. Ein Grundrechtseingriff läge nur beim generellen Scannen aller Personen, die sich an einer Örtlichkeit aufhalten, vor. Das ist hier nicht der Fall – vielmehr leistet Gesichtserkennung einen wichtigen und rasch wachsenden Beitrag zur Inneren Sicherheit in Bayern.

Zeitzeugenwissen für spätere Generationen bewahren – das liegt uns FREIEN WÄHLERN schon lange am Herzen. Denn es ist furchtbar schmerzhaft, sein geliebtes Zuhause zu verlieren. Das gilt umso mehr, wenn die Heimat unter Zwang aufgegeben werden musste und Menschen aus ganzen

Landstrichen vertrieben wurden. Damit die Erinnerung an das Schicksal der nach dem Zweiten Weltkrieg aus der damaligen Tschechoslowakei vertriebenen Deutschen lebendig bleibt, setzt sich die FREIE WÄHLER-Landtagsfraktion für den **flächendeckenden Erhalt sudetendeutscher Heimatstuben in Bayern** ein. Dabei geht es uns um fortlebende Erinnerungskultur. Nachfolgende Generationen sollen wissen, was Vertriebene vor Ort geleistet und durchlitten haben. Damit erfüllen wir ein vor rund zwei Jahren gegebenes Versprechen: Damals sicherten wir Vertriebenenvertretern in Neutraubling tatkräftige Unterstützung beim Aufbau von Heimatstuben in kommunalen Museen zu. Das setzen wir nun im Rahmen der Verhandlungen zum Nachtragshaushalt 2019/2020 in die Tat um und wollen so ein wichtiges Signal für die Erinnerungsarbeit im Freistaat setzen. Aufbau, Erweiterung und Sanierung von Heimatstuben fördern wir mit einem Volumen von 500.000 Euro – um die Verteilung der Gelder wird sich das Sozialministerium kümmern. Denn die Stärkung der Vertriebenenkultur gelingt jetzt am besten, da noch viele Zeitzeugen am Leben sind. Ihnen wollen wir zeigen, wie sehr uns der Erhalt der sudetendeutschen Erinnerungskultur am Herzen liegt. Wir FREIE WÄHLER reden eben nicht nur – wir handeln.



Impressum Büro MdL Hans Friedl, Am Weinberg 26b, 82239 Alling